

nfb-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 und die Antworten der Parteien – ein Kommentar aus nfb-Sicht

Wie bereits bei der letzten Bundestagswahl hat das *nfb* auch 2021 wieder Wahlprüfsteine entwickelt und die Parteien um Beantwortung der dort formulierten Fragen gebeten. In diesem Jahr haben wir den Fokus auf die Corona-Pandemie und ihre mittelfristigen Auswirkungen auf die Beratungslandschaft gelegt, weil wir davon ausgehen, dass die Pandemie-Folgen uns noch länger beschäftigen werden.

Die Parteien hatten sich diesem Jahr auf ein restriktives Verfahren als in den Bundestagswahlen davor für die Einreichung von Fragen geeinigt: Es gab ein Online-Formular für max. 8 Fragen mit einer Beschränkung auf max. 300 Zeichen pro Frage. Damit war es nicht möglich, den Kontext und die Begründungen für die in den Fragen angesprochenen Probleme zu erläutern. Wir verstehen zwar, dass die Parteien sich untereinander verständigt haben, wie sie effektiv eine wahrscheinliche große Anzahl von Fragen bzw. Wahlprüfsteinen bewältigen können, bedauern und kritisieren allerdings die strikte Beschränkung der Fragelänge auf 300 Zeichen.

Die vollständigen **Antworten der Parteien** und **eine zusammenfassende, vergleichende Synopse** der Antworten finden Sie auf der [nfb-Webseite](#).

Die Antworten der Parteien lassen erkennen, dass das Thema der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsberatung (BBB-Beratung) bei den meisten nur ansatzweise behandelt wird. Für sie ist es offenbar nur ein Unterthema im Themenfeld Weiterbildung, das sie nicht gesondert in den Blick nehmen. Möglicherweise steht das Thema Beratung angesichts der immer noch virulenten Corona-Pandemie und der Folgen der kürzlichen Überschwemmungen aktuell nicht im Fokus des politischen Interesses – ein Umstand, der nachvollziehbar, für uns aber unbefriedigend ist.

So beziehen sich viele der Antworten überwiegend auf das Thema der (Weiter)Bildung generell, seltener auf die *Weiterbildungsberatung*. Dabei verweisen insbesondere die Koalitionsparteien auf die in der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) und in dem Qualifizierungschancengesetz (QCG) bereits beschlossenen bzw. vereinbarten Schritte und Maßnahmen. Sie sehen offenbar keinen Handlungsbedarf.

Dennoch gibt es, insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen, der Partei Die LINKE und der FDP einige interessante neue Vorschläge. Wir haben unsere Kommentare zu den Antworten der Parteien in drei Themenfeldern gebündelt:

- Themenfeld 1: Übergeordnete Politik, gesetzgeberische Maßnahmen, Vernetzung
- Themenfeld 2: Digitalisierung in der Beratung, Kompetenzentwicklung des Weiterbildungs(beratungs)personals
- Themenfeld 3: Forschungs- und Entwicklungsbedarf, Beratungsmonitoring

Themenfeld 1:

Übergeordnete Politik, gesetzgeberische Maßnahmen, Vernetzung

Alle Parteien bekennen sich zur Notwendigkeit und Bedeutung lebensbegleitenden Lernens und einer darauf ausgerichteten Politik lebensbegleitender (Weiter-)Bildungs- und Berufsberatung und dafür erforderlicher politischer und/oder gesetzgeberischer Maßnahmen. Die Schwerpunkte sind jedoch unterschiedlich:

Wie nicht anders zu erwarten fokussieren CDU/CSU und die FDP auf finanzielle Entlastungen, um Beschäftigten den Zugang zu Weiterbildung zu erleichtern, z.B. Ausbau der „Bildungsprämie“ (CDU/CSU) oder die Einführung eines „Midlife-BAföG“ (FDP) für alle Bürger:innen. Darüber hinaus sollen insbesondere KMU durch eine Flexibilisierung des Qualifizierungschancengesetzes (QCG) entlastet werden.

Die SPD verweist auf bereits beschlossene Maßnahmen wie z.B. das im QCG verankerte Recht auf Weiterbildungsberatung, das „Arbeit von Morgen“ – Gesetz und die Notwendigkeit, die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen.

Ähnlich wie die FDP, die sich für ein „echtes zweites Bildungssystem für das ganze Leben“ einsetzen will, das Menschen mit geringem Einkommen „Bildungszeiten in jedem Alter“ ermöglichen soll, strebt auch die SPD die Entwicklung einer „staatlich geförderten Bildungszeit“ an, in die perspektivisch auch Selbstständige einbezogen werden sollen.

Deutlich grundsätzlicher fallen die Antworten der GRÜNEN/Bündnis 90 und der LINKEN aus: Beide Parteien setzen sich für eine „flächendeckende, individualisierte und entgeltfreie lebensbegleitende Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung“ ein und verweisen auf die hierfür erforderliche Infrastruktur, die auch digitale Angebote einschließt. Während die LINKE keine konkreten Vorschläge zur Umsetzung macht, planen die GRÜNEN den Aufbau regionaler „Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zur Weiterbildung“, in der die Beratung und Förderung von Weiterbildung aus einer Hand erfolgen soll – als „Herzstück“ von Beratungsnetzwerken und als Dach für die kooperative Zusammenarbeit vor Ort.

Das Ziel der Nationalen Weiterbildungsstrategie (Stärkung des Auf- und Ausbaus von Beratungsnetzwerken auf lokaler und regionaler Ebene) begrüßen alle Parteien. Die meisten aber machen keine konkreten Angaben zur Umsetzung und Finanzierung. Die CDU/CSU weist dezidiert daraufhin, hier seien die BA und die Länder in der Verantwortung.

Am Konkretesten sind hier die GRÜNEN mit ihrem Ziel von Bildungsagenturen auf regionaler Ebene, die freiwillig arbeiten und mit Blick auf die beteiligten Akteure auf Augenhöhe arbeiten sollen. Doch auch sie sehen nicht die Notwendigkeit einer finanziellen Förderung/Unterstützung für die Netzwerkarbeit. Die Mittel sollen aus dem Budget der beteiligten Akteure kommen.

Allein die SPD verweist in ihrer Antwort auf das Förderprogramm „Weiterbündnisse“ des BMAS, das zum Ziel hat insbesondere die Weiterbeteiligung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu stärken. Hier geht es um den Auf- und Ausbau verbindlicher Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zwischen Unternehmen (insbesondere KMU), Bildungs- und Beratungseinrichtungen sowie allen weiteren wichtigen Akteuren der Weiterbildungslandschaft zur Etablierung eines Weiterbündnisses.

Mit den Aufgaben ‚Identifizierung des Weiterbildungsbedarfs von Beschäftigten‘ und ‚Unterstützung der KMU bei der Realisierung und Gestaltung von Weiterbildungen‘ soll offenbar die Qualifizierungsberatung von KMU gestärkt werden.

Im Hinblick auf die prekäre Beschäftigungssituation vieler Berater:innen wollen alle Parteien durchgehend bestimmte Regelungen für Selbstständige verbessern, u.a. was die Altersvorsorge, Grundsicherung, die Arbeitslosen- und Krankenversicherung betrifft. Es ist davon auszugehen, dass die Coronapandemie den Blick für die Herausforderungen gerade dieser Gruppe gestärkt hat.

Themenfeld 2:

Digitalisierung in der Beratung, Kompetenzentwicklung des Weiterbildungs(beratungs)personals

Alle Parteien sprechen sich für Maßnahmen aus, die den Prozess der Digitalisierung in allen Bereichen der Gesellschaft unterstützen und vorantreiben, und die es überhaupt erst ermöglichen, dass digitale Beratungsformate eingesetzt und genutzt werden können. Mit Ausnahme der CDU/CSU betonen alle Parteien die Notwendigkeit des Ausbaus digitaler Beratungsangebote und deren Verknüpfung mit der persönlichen Bildungsberatung (FDP). CDU/CSU verweisen auf das bestehende „Infotelefon Weiterbildungsberatung“ und fordern dessen Ausbau zu einem „bundesweiten Bürgerservice Beratung für lebensbegleitendes Lernen“. Die LINKE sieht hier auch die Wissenschaft gefragt, die mit Studien und Erhebungen zur Verbesserung von Online-Beratungsangeboten beitragen sollte.

Bei der Frage für einen besseren Zugang zu digitalen Diensten bleiben die Parteien bei allgemeinen Vorschlägen und Forderungen (Breitband-Universaldienst, Mobilfunkausbau, Ausbau der Glasfasernetze) Nur die LINKE fordert für Menschen in prekären Lebensverhältnissen staatliche Unterstützung bei der Anschaffung internetfähiger Technik und hebt hervor, dass internetfähige Digitaltechnik sowie der Zugang zum Netz dem „soziokulturellen Existenzminimum“ zugerechnet werden sollte.

Für Probleme des Datenschutzes bei einer digitalen Beratungs-Infrastruktur sind offenbar fast alle Parteien sensibilisiert und fordern angemessene Lösungen, vor allem aber Vereinfachungen („Datenschutzsparsamkeit“ - eine interessante Wortschöpfung der LINKEN), weniger aufwändige technische Lösungen und eine Minimierung des „bürokratischen Aufwands“(FDP). Die GRÜNEN planen hierfür ein dezentrales und unabhängiges IT-Netzwerk, lassen aber offen, wie dieses konkret IT-Sicherheit und Datenschutz in der Beratung gewährleisten soll.

Zur Frage der Qualifizierung der Beratenden und dem notwendigen Erwerb digitaler Kompetenzen machen insbesondere die LINKE und CDU/CSU konkrete Vorschläge: Ausbau von Blended-Learning-Angeboten und anderen digitalen Bildungsangeboten, die über die im Rahmen der NWS geplante nationale Bildungsplattform angeboten werden können.

Bei den GRÜNEN und der SPD gibt es hierzu keine konkreten Ausführungen. Die GRÜNEN fordern allgemein die Stärkung digitaler Beratungsangebote und die Stärkung digitaler Zukunftskompetenzen durch entsprechende Aus- und Weiterbildung.

Bei der FDP gehen wir gutwillig davon aus, dass sie beim Ziel der Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen als Aufgabe einer neuen „Bundeszentrale für digitale Bildung“ die Beratenden als Zielgruppe mitdenkt.

Aus den Antworten geht hervor, dass die Mehrzahl der Parteien ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der Kompetenzentwicklung des Weiterbildungsberatungspersonals in Sachen Digitalisierung entwickelt haben.

Themenfeld 3: Forschungs- und Entwicklungsbedarf/Beratungsmonitoring

Grundsätzlich wird der durch die Digitalisierung auch im Bereich der BBB-Beratung entstandene zusätzliche Forschungs- und Entwicklungsbedarf von allen befragten Parteien anerkannt, ebenso wie die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Monitorings der Beratungsleistungen und Ergebnisse und eines begleitenden Controllings – nicht zuletzt, um auch die Kosten im Blick zu behalten (GRÜNE).

CDU/CSU empfehlen hierzu die Nutzung allgemein zugänglicher Daten, wie z.B. des Adult Education Survey oder anderer Quellen, z.B. der im Rahmen der NWS geplanten nationalen Bildungsplattform anfallenden Daten.

Die SPD verweist wiederum auf die Vereinbarungen in der NWS und will prüfen lassen, welche Art von Forschungsförderung infrage kommt, um noch offene Fragen im Bereich der Anbieterstrukturen und der geringen technischen Ausstattung der Ratsuchenden zu klären. Die LINKE fordert die Ausweitung und Einbeziehung entsprechender Forschungsprojekte im „Rahmenprogramm Bildungsforschung“ und eine Finanzierung durch den Bund.

Die GRÜNEN setzen sich für eine generelle Ausweitung der Forschung im Bereich Aus- und Weiterbildung ein und subsumieren damit vermutlich auch die Beratungsforschung. Eine intensive wissenschaftliche Begleitung leistet aus ihrer Sicht einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung innovativer Beratungsansätze, die im Zuge der Digitalisierung entstehen, und damit insgesamt zu einer Verbesserung der Beratungsqualität.

Die FDP fordert eine „moderne Forschungspolitik“ und will vor allem Forschungsprojekte im Bereich „Educational Data Mining“ und „Learning Analytics“ fördern – allerdings ohne einen konkreten Bezug zu dem durch die Digitalisierung hervorgerufenen Forschungsbedarf im Bereich der Bildungs- und Berufsberatung herzustellen.

Als Hauptziel eines kontinuierlichen Beratungsmonitorings sehen die Parteien die Sicherung und Verbesserung der Qualität in der BBB-Beratung. Insbesondere die LINKE betont die Notwendigkeit von regelmäßigen Erhebungen und das „Zusammenspiel von Qualitätssicherung, Qualitätskriterien und Zertifizierung“ und verweist auf das Beispiel des „Qualitätssiegel Berliner Modell“.

Aus die FDP unterstützt ein Monitoring als Maßnahme zur Qualitätssicherung, warnt aber vor möglichen „bürokratischen oder finanziellen Hürden“, die eine niedrigschwellige Beratung beeinträchtigen könnten. Wichtig sei, dass in die Evaluation auch das Nutzerfeedback einbezogen werde.